

**KOSTENLOS**

# Gegenwind

Zeitung für

Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Nummer 165

Wilhelmshaven

Februar 2001

## MEIN GOTT: WAS BRUMMT DIESE STADT!

WEM HAT WILHELMSHAVEN ALLES ZU VERDANKEN? EINE  
HULDIGUNG AN DEN „GODFATHER OF STADTENTWICKLUNG“  
-SEITE 2-



## Einstieg

Oberstadtdirektor Schreiber hat ein Buch über seine 16 Jahre in Wilhelmshaven geschrieben. Titelvorschlag des Gegenwind: I am the greatest. Näheres dazu auf [Seite 2](#).

Vor einem Vierteljahr kündigte die Diakonie den Vertrag zur Methadonabgabe – ein Vierteljahr lang demonstrierten Hardtdrogenabhängige mittels öffentlicher Methadonabgaben. Diese Demonstrationen führten jetzt zum Erfolg: Seit Anfang Januar gibt es wieder eine Methadonabgabestelle. Hintergründe auf [Seite 3](#).

Es ist fast jedes Jahr dasselbe: Die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland wird von allen Seiten wegen ihrer fundierten Arbeit gelobt – nur zahlen will keiner! Auf [Seite 4](#) berichten wir, wie es in diesem Jahr aussieht.

Einen konzeptionellen Neuanfang gab es bei der Wilhelmshavener Aids-Hilfe. Wir unterhielten uns mit der neuen Geschäftsführerin Susanne Rutzer – [Seite 5](#).

Wilhelmshavens Grodenflächen entwickeln sich zu erstrangigen Biotopen. Was da auf die Planer des JadeWeserPorts zukommt, berichten wir auf [Seite 6](#).

Nach dem Weggang von Manfred Klöpffer wurde es still um den DGB in Wilhelmshaven. Mit Doro Jürgensen soll wieder frischer Wind aus der Kieler Straße wehen. Auf [Seite 7](#) zeichnen wir ein Porträt von Doro.

Eine Richtigstellung zum Prozess Wilhelmshavener Kampfhundebesitzer gegen die Kampfhundeverordnung können Sie auf [Seite 8](#) lesen.

Die Rinderseuche BSE füllt momentan die Medien. Auf [Seite 9](#) finden Sie das Ergebnis unserer Recherchen.

Auf der Dezember-Sitzung des Rates ging es hoch her. Darum füllen unsere Ratssplitter auch die [Seiten 10 und 11](#).

Fast jedes Dorf hat eine bessere Postversorgung als Wilhelmshaven. Nun hat auch noch die Postagentur in Bant ihre Pforten geschlossen. Auf [Seite 12](#) gibt es eine Abrechnung mit der Post und noch einigen anderen Leuten.

# STADT - LEBEN - ZUKUNFT

## NACH 16 AMTSJAHREN ZIEHT OBERSTADTDIREKTOR SCHREIBER BILANZ

(hk) Für ein gehöriges Rauschen in Wilhelmshavens schwach belaubtem Blätterwald sorgte Arno Schreibers Buch „Stadt – Leben – Zukunft“. Dabei hat er nichts anderes getan, als seine Leistungen in den Himmel zu jubeln und die seiner Amtsvorgänger am Ist-Zustand zum Zeitpunkt seiner Amtsübernahme zu bewerten.

Schreiber berichtet in seinem Buch über den Weg Wilhelmshavens von „der eindimensionalen ausgerichteten, selbsternannten ‚Energiedrehscheibe Deutschlands‘ (...) mit bodenlos tiefen Haushaltslöchern“ hin zur schuldenfreien Kommune. In der Stadt herrschte eine „stadtpolitisch depressive Stimmung. (...) Schadenfroh hatten auswärtige Medien den offenbar so wahrgenommenen Niedergang Wilhelmshavens kommentiert, garniert mit Mutmaßungen über angebliches Fehlverhalten von Einzelpersonen. Zurück blieb ein ruinöses kommunalpolitisches Trümmerfeld. Wilhelmshaven war völlig an den Rand gedrängt, spielte nur noch eine Nebenrolle. (...) Viele in der Nachkriegszeit angesiedelten Betriebe mussten ihre Tore schließen. Die Anzahl der Einwohner und der Beschäftigten ging zurück. Wilhelmshavens Arbeitslosenquote stieg bis auf über 20%. (...) Gleichzeitig stieg die Verschuldung der Stadt. (...) Gesunkene Einnahmen, Haushaltsbelastungen durch die großzügigen Investitionsentscheidungen der 60er und 70er Jahre sowie die drastisch steigenden Sozialausgaben brachten den städtischen Handlungsspielraum auf ‚Null‘.“

Wer Wilhelmshavens Situation so beschreibt, darf sich nicht wundern, wenn diejenigen, die Wilhelmshaven in die damalige Misere steuerten, aufschreien. Es ist schließlich das erste Mal, dass ein offizieller Vertreter der Stadt die finanzielle Misere mit der Ansiedlungspolitik unter Oberstadtdirektor Eickmeier in Zusammenhang bringt. Da liegt Schreiber mit seiner Einschätzung gar nicht so weit von der damals im Gegenwind veröffentlichten Kritik entfernt.



Mit dem Erscheinen Schreibers auf der kommunalpolitischen Bühne Wilhelmshavens wurde dann alles besser – so jedenfalls seine eigene veröffentlichte Einschätzung. „Auführerisch“ beschreibt er selbst seine Aktivitäten zur Rettung der Stadt. Alles, was der Stadt seit 1985 an positiven Entwicklungen widerfahren ist, stammt von Schreiber. Negative Entwicklungen haben ihre Ursachen in der Vor-Schreiber-Zeit.

Auf 229 Seiten des 344 Seiten umfassenden Buchs veröffentlicht Schreiber seine „Beiträge zur Stadtpolitik“. Dabei handelt es sich durchweg um Aufsätze, Thesenpapiere und Redemanuskripte aus den zurückliegenden 16 Jahren. Diese Dokumente stehen unkommentiert da – erst durch aufmerksames Selbststudium wird klar, was im Buch fehlt: eine kritische Herangehensweise an die eigene Politik.

Dazu einige Beispiele: Schon 1985 beschreibt Schreiber den Rückgang der Einwohnerzahl. „Wir steuern gegen durch verstärkte Ausweisung von Wohngebieten und indem wir alles tun, um unsere Betriebe hier in dieser Stadt zu stützen.“ Mit bekanntem Erfolg: Der Einwohnerrückgang galoppiert weiter Richtung 70.000 Einwohner, es werden immer noch neue Wohn- und Gewerbegebiete ausgewiesen, nur dass inzwischen die Innenstadt verödet und ganze Wohnblocks und unzählige Gewerbe leer stehen.

Von der ebenfalls schon 1985 beschriebenen Stadtsanierung als „Zukunftsaufgabe der Stadt“ ist nicht mehr geblieben als die Nordseepassage mit entsprechendem Umfeld – nur, dass die Innenstadt an den Rändern abbröckelt und zerfällt, wird nicht mehr beschrieben. Die Nordseepassage ist Stein gewordene Stadtsanierung!

Auch die Expo-Ausführungen sind ähnlich zu bewerten. Da werden die hochflie-



genden Pläne zwar noch beschrieben: „...die schwimmende Expo-Stadt mit Hotelkapazitäten auf Zeit in Kreuzfahrtschiffen, die zweistündige Expresszugverbindung zum Hauptstandort in Hannover“ usw. usf. Die Planungen werden kommentarlos ad acta gelegt und durch neue Planungen ersetzt. Selbst das finanzielle Chaos der letztendlich durchgeführten stark abgespeckten Expo wird noch als Erfolg verkauft.

Schreiber scheint kurz vor Beendigung seiner Amtszeit da angekommen zu sein, wo Eickmeier aufhörte: Er stürzt die Stadt in finanzielle Abenteuer (Expo, JadeWeserPort), ohne auch nur ein Fünkchen Bereitschaft, über die Auswirkungen nachzudenken. Viel finanziellen Spielraum hat die Stadt ja nicht mehr, nachdem alle lohnenden Beteiligungen bereits versilbert wurden.

Resümee: Das Buch „Stadt – Leben - Zukunft“ ist in erster Linie eine Hommage von Schreiber an Schreiber. Es taugt nur unvollkommen als Nachschlagewerk über die Entwicklung der Stadt in den letzten anderthalb Jahrzehnten, weil zu viele Aspekte einfach ausgeblendet sind. Es sagt allerdings sehr viel über den Menschen Schreiber aus, der es fertig bringt, in dem Buch beinahe jeden Neu- und Umbau, jede Entwicklung und jede Diskussion zu seiner eigenen Idee zu stilisieren. Das Buch hätte auch gut den Titel „I am the greatest“ tragen können. □

Schreiber, Arno: Stadt – Leben – Zukunft, Isensee-Verlag 2000, Preis: 28,00 DM

## FRÜHJAHRSPUTZ: „ICH MACHE MIT“



Wieder dabei ist auch in diesem Jahr die Frankfurter Putzgruppe um den jetzigen Bundesaußenminister Joseph „Joschka“ Fischer.

Fischer zum Gegenwind: „Ich habe von der Aktion schon durch die Genossin Gabi erfahren. Wir waren mit unserer Putzgruppe ja immer dabei, wenn es darum ging, aufzuräumen. Und wir können ordentlich zupacken! Selbst alte Autos sind für uns kein Problem. Hat da eigentlich schon jemand die Schirmherrschaft übernommen? Im letzten Jahr hatte ich ja die Schirmherrschaft da unten auf dem Balkan - die waren glaub' ich ganz zufrieden mit unserer Putzgruppe. A propos Putz machen: Gibt's eigentlich den Eberhard noch? Mit dem bin ich in den 68-ern immer durch die Kneipen gezogen. Bootshaus, Esprita, Tangente, Quod libet, Gurke - und hinterher abtanzen im Flash. Mit dem würde ich gerne mal wieder eine serbische Bohnensuppe essen.“ (hk)

# GESCHAFFT!

## SEIT DEM 8. JANUAR GIBT ES EINE METHADON-ABGABESTELLE

(noa) Fast ein Vierteljahr gaben der Arzt Johann Janssen und sein Praxisteam samstags und sonntags auf dem Rathausplatz den von ihm betreuten Hartdrogenabhängigen ihre Ersatzdroge Methadon. Im September hatte die Diakonie den Vertrag, auf dessen Grundlage die Methadonabgabe in ihren Räumen stattgefunden hatte, überraschend gekündigt, und an den Wochentagen mussten die Ex-Junkies jeden Vormittag zu ihrem Arzt nach FGroden fahren.

Die Methadonabgabe auf dem Rathausplatz ersparte den Drogenkranken wenigstens an den Wochenenden diese Mühe. Gleichzeitig diente sie aber dazu, die Öffentlichkeit auf die schwierige Situation hinzuweisen. Die Demonstration hatte Erfolg: Es gibt seit dem 8. Januar eine recht günstig gelegene Abgabestelle. Wir sprachen mit Johann Janssen darüber.

**Gegenwind:** *Offensichtlich habt ihr mit eurer Aktion „öffentliche Methadonabgabe“ Erfolg gehabt. Wo ist die neue Abgabestelle denn nun?*

**Janssen:** In der Weserstraße 45. Das ist beim Bauamt, und da gibt es ein kleines Hausmeisterhäuschen.

*Ist diese Lösung zufriedenstellend?*

Ja, ich bin zufrieden.

*Wer gibt dort das Methadon aus?*

Die beiden Ärzte, die es vordem in den Räumen der Diakonie gemacht haben, machen es in der neuen Abgabestelle wieder.

*Wie wird das finanziert?*

Sie machen es im Auftrag und auf Ermächtigung der Kassenärztlichen Vereinigung, und sie können es mit der Krankenkasse abrechnen.

*Wie kam es denn nun dazu, dass eine Stelle geschaffen wurde?*

Das weiß ich selber nicht. Ich weiß nur, dass Herr Rübsamen (Leiter des Gesundheitsamtes, d. Red.) mich kurz vor Weihnachten am Telefon darüber informiert hat, dass es ab 8.1. in der Weserstraße 45 die Abgabestelle gibt, dass sie für ein halbes Jahr bestehen soll und dass danach andere Räume bereitgestellt werden. Wer das beschlossen hat, welche Wege das gegangen ist, weiß ich nicht. Das kritisiere ich daran – es wurde nicht mit den Beteiligten zusammen geplant und eingerichtet. Irgendjemand hat es so beschlossen, aber ich weiß nicht einmal, wem ich danken soll.

*Dann mach' es doch öffentlich im GEGENWIND – in der Hoffnung, dass die betreffenden Personen ihn lesen.*

Ja, das tue ich. Im Namen der Drogenkranken

**TRIANGEL**  
second-hand-shop

An- und Verkauf von  
Schallplatten und CD's  
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics  
u.v.m.

Bahnhofstraße 7 \* 26382 Wilhelmshaven  
Tel. (04421) 4 21 84

danke ich den Personen, die jetzt die Abgabestelle ermöglicht haben, und allen, die uns während der Aktionen der letzten Monate unterstützt haben. Außerdem habe ich der Diakonie zu danken, die während meiner Praxisferien bis zum 2.1. die Ausgabe im Café Regenbogen ermöglicht hat. Ich fuhr über die Feiertage täglich dorthin, damit die Drogenkranken nicht zu mir rausfahren mussten.

*Und wie läuft es in der neuen Abgabestelle?*  
Genau wie bis September in der Diakonie: Die Leute kommen, schlucken ihr Methadon und gehen wieder.

*Wie war denn die Zeit der öffentlichen Methadonabgabe?*

Es war eine harte Zeit für alle Beteiligten. An den Wochentagen wurde das Mittel ja in meiner Praxis ausgegeben, und jeden Tag zusätzlich zu den anderen Patienten um die 20 Drogenkranke zu versorgen – in meiner kleinen Praxis – ist nicht leicht gewesen für meine Mitarbeiter, die die meiste Arbeit mit ihnen hatten. Und samstags und sonntags sind wir zum Rathaus gefahren.

Es ist viel gelaufen in dieser Zeit. Es gab Radiosendungen und Zeitungsberichte über die Aktionen und den Hintergrund, und wir haben einige Unterstützung von Mitbürgern erfahren. Es wurden Leserbriefe geschrieben und Unterschriften gesammelt. Ein Mann hat uns zweimal je 10 DM gegeben. Ein Mitbürger hat möglicherweise den entscheidenden Brief nach Hannover geschrieben, der dort dann offenbar Reaktionen ausgelöst hat.

*Was habt ihr mit den 20 DM gemacht?*

Brötchen gekauft – es ist wichtig, das Methadon nicht auf nüchternen Magen zu nehmen. Gut war auch das Verhalten der Stadtverwaltung. Sie hat uns keine Steine in den Weg gelegt und die Demonstrationen immer genehmigt. Einmal gab es am Rande der Methadonabgabe eine gewalttätige Auseinandersetzung, und ein Drogenabhängiger wurde verhaftet. Da kam ein Polizeibeamter später vorbei, um zu veranlassen, dass er sein Methadon im Gefängnis bekommt.

*Von Drogenabhängigen hat man ja eher die Vorstellung, dass sie nichts geregelt kriegen, weil sie kaputt sind. Es ist bemerkenswert, dass sie so viel auf die Beine gestellt haben.*

Ja, sie haben kontinuierlich etwas gemacht. Sie haben Flugblätter geschrieben, Unterschriften gesammelt, die Schilder entworfen und angefertigt. Es ist toll, dass es so gelaufen ist und zum Erfolg geführt hat.

*Vielen Dank für das Gespräch.*

KULTUR - KOMMUNIKATION

HOTEL  
**KLANG KLANG**

WHV Zentrum  
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr  
MUSIK FÜR DICH

Frühstücken  
Partys - Konzerte

Freitag, 2. Februar & 2. März  
**GLOOMY FRIDAY**  
EBM - 80's - DarkWave - event

9.2. ~~RAS~~ **ROSENMONTAG**

-KONZERT DES MONATS-

Freitag, 23. Februar 21 Uhr

**U.K. SUBS**

+ Support

-KONZERT DES MONATS-

ROSENMONTAG, 26.2.  
**KARIBISCH!**  
Von Salsa - Reggae...  
...von Samba bis Tango

In Vorbereitung:

17.3. PROLLHEAD  
12.4. JIM WAYNE SWINGTETT  
15.4. KING PRAWN  
11.5. SKIN OF TEARS

AMERICAN STYLE  
RESTAURANT &  
COCKTAILBAR

**Bonny's Diner**

ÖFFNUNGSZEITEN:  
MO-DO 9 - 2 UHR  
FR 9 - 5 UHR  
SA 10 - 5 UHR  
SO 10 - 2 UHR

WHV, BAHNHOFSTR. 22 (KINOZENTRUM), TEL. 04431/ 983 505

# SCHON WIEDER...

## ... IST VÖLLIG UNKLAR, WIE DIE ARBEIT DER ARBEITSLOSENINITIATIVE WILHELMSHAVEN/FRIESLAND E.V. WEITERGEHEN KANN

(ef/noa) „Die Arbeitsloseninitiative ist in Gefahr“ lautete der Titel eines Artikels im GEGENWIND 146 vom Mai 1998, und der Untertitel hieß: „Die Finanzierung der Arbeitsloseninitiative hängt am seidenen Faden.“ Genau dasselbe müssen wir jetzt wieder berichten.

Damals war Ernst Taux, der zwei Jahre lang bei der ALI eine ABM-Stelle innegehabt hatte, gerade arbeitslos geworden. Die ALI suchte verzweifelt nach einer Anschlussfinanzierung seiner Stelle, weil die Beratungsarbeit längst viel zu umfangreich geworden war, um von Werner Ahrens allein bewältigt zu werden. Landesmittel aus dem „Förderprogramm für Arbeitslosen- und Sozialhilfeeinitiativen“ (FAS) können für Personalkosten eingesetzt werden, jedoch nur als 50%ige Ergänzung zu Geldern aus anderen Quellen. Diese Komplementärfinanzierung gelang ab Oktober 1998 mittels Zuschuss vom Landkreis Friesland, und in den Jahren 1999 und 2000 ergänzte die ALI die FAS-Mittel mit Hilfe des Arbeitsamtes: Das Sozialgesetz-

buch III sieht die Möglichkeit freier Förderung vor; der Verwaltungsausschuss eines örtlichen Arbeitsamtes kann bis zu 10 % der für Fortbildung vorgesehenen Summe für solche Zwecke bereitstellen.

Bis Silvester 2000 waren so beide Arbeitsplätze und damit die Arbeit der ALI gesichert, doch eine weitere Bewilligung aus diesem Topf ist nicht möglich, so dass auch die FAS-Mittel nicht abgerufen werden können. Die ALI steht also wieder einmal vor der Situation, ihre Kraft nicht mehr ungeteilt in die Beratung von Arbeitslosen stecken zu können, sondern um die Sicherung ihrer Finanzierung kämpfen zu müssen.

Auf der Januar-Versammlung der ALI war Oberbürgermeister Eberhard Menzel zu Gast und teilte mit, dass nach einem Ratsbeschluss keine städtischen Zuwendungen an Vereine möglich sind und dass auch für die ALI keine Ausnahme gemacht werden kann. Auf Menzels Angebot, ein Gespräch mit der Mehrheitsfraktion zu vermitteln, will die Arbeitsloseninitiative zurückkommen, wenn die Verhandlungen mit Kämmerer Wolfgang Frank am 1. Februar keinen Erfolg bringen. Unabhängig davon heißt es für den Verein wieder einmal Klinken putzen und betteln gehen.

Ein Mitgliederbrief mit der Bitte um Zuwendungen ist schon versandt worden, doch viele der etwa 400 Mitglieder können nicht viel über den Mindestbeitrag von 2 DM/Monat hinaus aufbringen. In Wilhelmshaven und Friesland ansässige Firmen hat die ALI vor zwei Jahren ohne nennenswerten Erfolg angesprochen, doch, so der Vorsitzende Günther Kraemmer: „Man lässt nichts unversucht, schon um sich nicht hinterher vorwerfen zu müssen, eine Möglichkeit ausgelassen zu haben.“

Eigentlich ist es unglaublich, dass ein Verein wie die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland e.V. immer wieder in eine Situation kommt, in der die Fortsetzung ihrer Tätigkeit gefährdet ist. „Wir haben Herrn Menzel, als er am 9. Januar bei uns zu Gast war, darauf hingewiesen, dass wir nicht nur Bittsteller sind, sondern dass wir auch eine Menge leisten“, so Günther Kraemmer. Und Werner Ahrens ergänzt: „Die Behörden wissen, was sie an uns haben.“ Es ist stark zu vermuten, dass die Sozialhilfeträger (also die Stadt Wilhelmshaven und der Landkreis Friesland) einige Ausgaben sparen, weil die ALI-Berater ihre KlientInnen sehr umfassend über eventuell noch oder wieder bestehende Ansprüche auf Gelder aus Versicherungskassen hinweisen und diese mit ihnen zusammen oder aber für sie durchsetzen. Und bestimmt leisten sie einen Beitrag zum sozialen Frieden.

So mancher Erwerbslose würde sich bei den Ämtern eher unfein benehmen, und bei aufgebracht und zornigen Ratsuchenden achten die ALI-Berater besonders darauf, dass sie von ihnen eine Vollmacht bekommen und in ihrem Namen die Verhandlungen mit den Behörden führen. Die ALI bildet also einen Puffer zwischen genervten und wütenden Arbeitslosen auf der einen und Behördenvertretern auf der anderen Seite. Die Stadt Wilhelmshaven, der Landkreis Friesland und das Arbeitsamt hätten gute Gründe, sich um eine Dauerlösung für die Ergänzungsfinanzierung der ALI zu bemühen. □

*Die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland besteht seit 1993. Im Lauf der Jahre wurde ihr Angebot von immer mehr Menschen genutzt. Die beiden Berater der ALI, Werner Ahrens und Ernst Taux, haben sich stetig weitergebildet und ihre Kompetenz erweitert. Sie können arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen weiterhelfen in Fragen des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe, der Leistungen des Sozialamtes, in Problemen der Sozialversicherung und vielen weiteren Belangen. Und da sie nicht alles wissen, arbeiten sie mit anderen Vereinen, Verbänden, Behörden etc. zusammen, die weiterhelfen können, wo die ALI ihre Grenzen sieht.*

*Über 2000 Personen jährlich nehmen die ALI in Anspruch. Die Beratungsstatistik für das Jahr 1999 weist 2372 Personen mit 3852 Beratungsfällen aus. Die meisten Personen, die zur ALI kommen, beziehen Arbeitslosenhilfe. Im Jahr 1999 ging es bei 77% der KlientInnen um Fragen der Arbeitslosigkeit; 12% wurden zu psychosozialen Problemfeldern beraten; 95% hatten rechtliche Fragen; und bei 20% ging es um sonstige Probleme. (Die Beratungsstatistik 2000 liegt noch nicht vor.)*



### Erwerbslosenberatung in Wilhelmshaven und Friesland

**BOCKHORN:** Ambulante Krankenpflege Friesische Wehde, Uhlhornstr. 26, jeden 1. und 3. Dienstag im Monat von 13.30 bis 15.30 Uhr (Tel: 04453/98150)

**JEVER:** ÖTV-Büro, Große Burgstr. 3/Weinhausstraße (Rathausrückseite), jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat von 8.30 bis 12.00 Uhr (Tel: 04461/73035)

**SANDE:** Jugendzentrum, Hauptstraße, jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat von 14.30 bis 16.30 Uhr (Tel: 04422/3451)

**SCHORTENS:** Bürgerhaus, Weserstr. 1, jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat von 13.30 bis 15.30 Uhr (Tel: 04461/80198)

**VAREL:** DGB-Büro, Hansastr. 9a, jeden 1. und 3. Dienstag im Monat von 8.30 bis 12.00 Uhr (Tel: 04451/5600, Fax: 957015)

**WILHELMSHAVEN:** Gewerkschaftshaus, Kieler Str. 63, jeden Montag und Donnerstag von 9.00 bis 13.00 Uhr und jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat von 16.30 bis 18.30 Uhr (Tel: 04421/180130 und 180131, Fax: 180139)

### Nach Terminabsprache bietet die Arbeitsloseninitiative:

- ◆ Beratungen/Referate in Betrieben der Region
- ◆ Beratung/Referate in Schulen, Vereinen etc.
- ◆ Seminare im Sozialrecht

Jeden 2. Dienstag im Monat um 10.00 Uhr findet im Wilhelm-Krökel-Saal des Gewerkschaftshauses Wilhelmshaven eine öffentliche Versammlung der ALI zu aktuellen Themen der Erwerbslosigkeit statt.



# NEUANFANG

## IN WILHELMSHAVENS AIDS-HILFE HAT SICH VIEL VERÄNDERT

(noa) Längere Zeit war es still um die Wilhelmshavener AIDS-Hilfe e.V., und die Räumlichkeiten ihrer Beratungsstelle an der Bremer Straße sahen ziemlich dicht aus. Doch der Schein trog. Es hatte lediglich ein konzeptioneller Neuanfang stattgefunden.

Am 1. September 1999 wurde Susanne als neue Geschäftsführerin eingestellt. Ihre ersten Ziele waren, die Wilhelmshavener AIDS-Hilfe e.V. mit anderen Einrichtungen zu vernetzen und die eigenen Räumlichkeiten ansprechender zu gestalten, um Menschen in die AIDS-Hilfe zu holen, HIV-positive Menschen wie auch solche, die sich in diesem Bereich engagieren wollen. Durch Beihilfen, Möbelspenden und tatkräftige ehrenamtliche Hilfe konnten umfangreiche Renovierungsarbeiten durchgeführt werden. Das Ziel, dass die Räume einladend wirken sollten, ist erreicht, und man hofft, dass die Angebote künftig mehr genutzt werden als bisher.

Es wurden verschiedene Flyer erstellt und Präventions- und Informationsveranstaltungen sowie Infotische durchgeführt. Die in letzter Zeit größte Aktion war die Wilhelmshavener AIDS-Aktionswoche 2000 Ende November/Anfang Dezember mit Vortrag, Theater, Info-Stand, Gottesdienst, Benefiz-Party und Film.

Da war schon richtig was los, wie Susanne Ratzer betont, wenn auch die Filmvorstellungen für Schulen von weniger Klassen besucht wurden als noch 1999. Auch der Vortrag „AIDS – Eine Erkrankung... vermeidbar oder behandelbar?“, gedacht für Jugendliche, fand außer einer 18-Jährigen nur ZuhörerInnen über 40. Die öffentliche Wahrnehmung von AIDS hat sich geändert, und junge Leute interessieren sich zunächst mal weniger für das Thema als früher. Erfreulich ist angesichts dessen, dass eine Berufsschulklasse das Logo für die Aktionswoche 2001 entwerfen wird.

Die drei großen Zielgruppen der AIDS-Hilfe sind Schwule, Drogenbenutzer und heterosexuelle Menschen, und die drei Gruppen passen nicht ohne weiteres zusammen. Die Wilhelmshavener AIDS-Hilfe war vor dem Wechsel in der Geschäftsführung eher eine Anlaufstelle für (ehemalige und noch) Drogenbenutzer, so dass vermutet werden kann, dass die anderen beiden Zielgruppen deswegen wegblieben.

Hinweise auf eine vierte Zielgruppe ergeben sich aus den Zahlen über Neuinfektionen. Bundesweit infizieren sich jährlich 2000 bis 2500 Personen neu; dabei ist ein leichter Rückgang unter Schwulen und Drogenkranken zu verzeichnen, während die Neuinfektionen unter heterosexuellen jungen Frauen ansteigen. Das Thema der sexuellen Selbstbestimmung von Frauen bekommt eine neue Dimension, denn so manch eine Neuinfektion dürfte auf den Druck durch „Stell' dich nicht so an“ zurückzuführen sein.

Etwa 100 HIV-infizierte Menschen müsste es im Einzugsbereich der Wilhelmshavener AIDS-Hilfe, der im Westen bis nach Aurich und im Norden bis zu den Inseln reicht, geben – genaue Zahlen werden aus Datenschutzgründen verweigert. Nur ca. 10% von ihnen stehen im Kontakt zur Beratungsstelle und werden regelmäßig betreut. Da ist noch viel zu tun, um das Vertrauen der Betroffenen zu gewinnen. Eine große Hemmschwelle ist besonders bei Neuinfizierten zu verzeichnen. In der Zukunft soll denen, die sich nicht in die AIDS-Hilfe trauen, aber über Internet-Möglichkeiten verfügen, eine Homepage mit Online-Beratung sowie Mailing-Listen als virtuelle Positiven- und Angehörigen-Gruppen zur Verfügung gestellt werden.

Mit dem medizinischen Fortschritt bei der Behandlung von AIDS hat sich die Situation der Kranken verändert. AIDS ist nicht mehr eine schnell zum Tode führende, sondern mittlerweile eine chronische Krankheit. Viele der infizierten Menschen leben länger. So hat eine Normalisierung stattgefunden; das Thema hat an Medienwirksamkeit verloren, und die Betroffenen können leben wie andere chronisch Kranke auch. Einerseits ist das wünschenswert: Die Zeiten, zu denen man sich von HIV-positiven Menschen angstvoll fernhielt, sind vorbei. Die Kehrseite besteht darin, dass sie eine längere Verarmung erleben müssen. Dennoch haben viele Angst, sich zu outen, und vermeiden daher den Kontakt zur AIDS-Hilfe.

Bislang hat die neue Geschäftsführerin einen „schwulen Schwerpunkt“ gesetzt. Am 2. Sonntag im Monat ab 15 Uhr veranstaltet sie das „Café Condom“, und am 2. und 4. Don-

nerstag im Monat ab 19 Uhr stellt sie die Räume der schwul-lesbischen Jugendgruppe „Gummibärchen“ zur Verfügung. In der nächsten Zeit will die AIDS-Hilfe ihr Augenmerk wieder mehr auf die DrogenbenutzerInnen richten. Für diesen Bereich läuft beim Arbeitsamt ein Antrag auf eine ABM-Stelle, und zur Zeit gibt es die Überlegung, donnerstags vormittags, wenn das Café Regenbogen geschlossen ist, einen offenen Treff für drogenabhängige Menschen zu ermöglichen. □

*Susanne Ratzer ist Sozialarbeiterin und Sozialpädagogin und hat eine Weiterbildung „Führen und Leiten in AIDS-Hilfen“ absolviert. Sie arbeitet seit zehn Jahren in AIDS-Hilfen. Vor ihrer jetzigen Stelle war sie Geschäftsführerin der AIDS-Hilfe Oldenburg, wo sie jetzt noch ehrenamtlich als Vorstandmitglied tätig ist.*

*Frau Ratzer hat bei der Wilhelmshavener AIDS-Hilfe eine vom Land Niedersachsen finanzierte Vollzeitstelle. Diese ist zwar unbefristet, aber wenn im Landeshaushalt an den Mitteln für AIDS-Hilfen gespart wird, ist nicht nur diese Stelle, sondern auch die AIDS-Hilfe insgesamt in Gefahr.*

*Zeitweise arbeitete Frau Ratzer allein in der Beratungsstelle. Seit Juli 2000 ist Giesela Willig auf einer BSHG 19-Stelle mit ihr tätig.*

*Die beiden Frauen hoffen in nächster Zeit auf noch mehr ehrenamtliche Unterstützung. Die Wilhelmshavener AIDS-Hilfe e.V. ist ein kleiner Verein mit 18 Mitgliedern. Im Unterschied zu AIDS-Hilfen andernorts bekommt er keine städtischen Mittel. Jede\*r kann sich in Fragen zu HIV und AIDS, zu Safer Sex und Safer Use unter der bundeseinheitlichen Rufnummer 19411 an die AIDS-Hilfe wenden oder während der Öffnungszeiten vorbeikommen. Diese sind Montag, Dienstag und Freitag von 10 bis 14 Uhr und Mittwoch und Donnerstag von 14 bis 18 Uhr. Während der Öffnungszeiten findet telefonische und persönliche Beratung sowie Spritzenaustausch statt. Auf Wunsch können Gespräche auch an anderen Orten und zu anderen Zeiten vereinbart werden.*

## Günstiges Baugeld

Zins p.a.: 5,55 % bei

100 % Auszahlung

Zinsfestschreibung: 10 Jahre

anfänglich effektiver

Jahreszins: 5,70 %

### Weitere Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:

Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144



VERSICHERUNGSGRUPPE

## Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak und

Herward Meier

Legasthenietherapie

Lese-/Rechtschreibtraining

Diagnose und Beratung

Auskunft und Anmeldung

04421 - 99 64 70

# ALLE VÖGEL SIND SCHON DA ...

## ... WO WIRTSCHAFT UND POLITIK LIEBER RAUCHENDE SCHORN- STEINE SEHEN WÜRDEN

(iz) Anfang der siebziger Jahre wurden zwischen Voslapp und Hooksiel 1600 Hektar Watt und Salzwiesen eingedeicht und mit Sand aus der Jade aufgespült, um Flächen für umfangreiche Industrieansiedlungen vorzuhalten. Der Industrieboom lässt – von Raffinerie und PVC-Werk mal abgesehen – bis heute auf sich warten. Die Natur hingegen hat die Zeit für sich genutzt und sich ihren Raum auf den größtenteils ungenutzten Flächen zurückerobert.

Schon in den achtziger Jahren zeigten wissenschaftliche Untersuchungen, dass große Teile des Voslapper Grodens durchaus naturschutzwürdig waren. Auf den Brachflächen hatten sich großflächige Schilfröhrichte entwickelt sowie z. T. undurchdringbare Gebüschgesellschaften, Zwergstrauchfluren, offene Kleingewässer und sumpfige Bereiche, Dünengebiete, Trockenrasenbereiche und Feuchtgrünland. Hier fanden vor allem zahlreiche Vogelarten, deren natürliche Lebensräume durch die Aufspülung verloren gegangen waren, einen Ersatzlebensraum – denn Watt und Salzwiesen, die ihnen Brut- und Nahrungsplätze geboten hatten, waren bis über drei Meter tief unter dem aufgespülten Seesand aus der Jade begraben.

Durch die Industriebetriebe und die östlich verlaufende Chemiepipeline ist der Groden von der öffentlichen Nutzung abgeschirmt. So konnten sich bis heute Tier- und Pflanzenwelt dort nahezu ungestört entwickeln. Im städtischen Landschaftsrahmenplan von 1999 ist der gesamte Voslapper Groden außerhalb der genutzten Flächen als naturschutzwürdiger Bereich bzw. besonders geschützter Biotop (§28 Nds. Naturschutzgesetz, s. Kasten) verzeichnet. Diese Flächen „bilden die größten zusammenhängenden naturnahen Biotopkomplexe des Stadtgebietes mit einer für Wilhelmshaven außergewöhnlich hohen Artenvielfalt und Vorkommen zahlreicher gefährdeter Tier- und Pflanzenarten.“ (Landschaftsrahmenplan S. 73)

Das muss die Wirtschaft zunächst nicht beunruhigen, denn die gesamte Fläche ist sowohl im städtischen Flächennutzungsplan von 1974 als auch im niedersächsischen Raumordnungsprogramm von 1994 als Vorrangfläche für Industrie vorgesehen. Das birgt auch für WZ-Kommentator H. J. Schmidt „Beruhigendes“. Nicht ohne Schadenfreude resümiert er (13.1.2001): „Auf den für industrielle Belange aufgespülten Flächen gibt es allenfalls

einen Naturschutz auf Zeit. Das ist gut zu wissen im Zusammenhang mit Überlegungen zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung Wilhelmshavens.“ Im Landschaftsrahmenplan findet sich eine andere Lesart: „Mit der Inanspruchnahme durch bauliche Anlagen, Industrie und Gewerbe geht in der Regel ein völliger Lebensraumverlust der dort siedelnden Arten und Lebensgemeinschaften einher ... Besonders gravierend werden sie sich auf den Gesamtartenbestand in Wilhelmshaven bei Inanspruchnahme der großräumigen naturnahen Bereiche im Rüstersieler und Voslapper Groden auswirken.“ (S. 85 f.)

*Seit Anfang der neunziger Jahre sind durch das Niedersächsische Naturschutzgesetz (NNatG) auch solche Lebensräume automatisch geschützt, die noch nicht als Naturschutzgebiet o. ä. ausgewiesen sind, durch ihre Pflanzenwelt jedoch dafür prädestiniert sind (§28 NNatG). Wer solche Flächen schädigt, verändert oder vernichtet, macht sich strafbar. Leider haben Grundeigentümer oder Nutzer oft genug gegen diese Regelung verstoßen in dem Glauben, wenn sie die Natur „vorsorglich“ vernichten, fände der Paragraf keine Anwendung mehr. Solche Gesetzesverstöße gab es in den vergangenen Jahren im Rüstersieler Groden, dessen ungenutzte Flächen sich aus Naturschutzsicht eben so erfreulich entwickelt haben wie im Voslapper Groden.*

Der Landschaftsrahmenplan wurde vom selben Rat der Stadt verabschiedet, der auch Planungen für den Containerhafen und damit neue industrielle und gewerbliche Nutzungen im Voslapper Groden vorantreibt.

Nun leben wir aber nicht mehr nur in Deutschland, sondern in Europa. Die europäische Union hat eine Vogelschutzrichtlinie erlassen, die für alle Mitgliedstaaten bindend ist (79/409/EWG).

Im Frühjahr 2000 haben sechs VogelkundlerInnen aus Wilhelmshaven und Oldenburg erstmals den Voslapper Groden flächendeckend auf sein Brutvogelinventar hin untersucht. Dabei wurden 54 Brutvogelarten im Untersuchungsgebiet festgestellt. Hiervon stehen 10 Arten auf der Roten Liste der in Deutschland gefährdeten Brutvogelarten, 18 von ihnen sind auf der niedersächsischen Roten Liste aufgeführt. Dazu zählen u. a. die Rohrdommel, die Rohrweihe, das Tüpfelsumpfhuhn, der Schilfrohrsänger, der Neuntö-



Tüpfelsumpfhuhn

ter, die Bartmeise und das Blaukehlchen. In ganz Niedersachsen brüten schätzungsweise nur noch 500 Blaukehlchenpaare – davon kommen allein 91 (18%) im Voslapper Groden vor, der damit zu den fünf wichtigsten Brutgebieten dieser Art in Niedersachsen zählt. Für die Bartmeise ist der Groden das viertgrößte Vorkommen Niedersachsens. Da besonders empfindliche Bereiche nur vom Rand aus kartiert wurden, sind die ermittelten Zahlen nur Mindestzahlen, d. h. der tatsächliche Vogelbestand ist wahrscheinlich noch größer. Insgesamt ist der Voslapper Groden als Brutgebiet internationaler Bedeutung bzw. als „Important Bird Area“ nach der EU-Vogelschutzrichtlinie einzustufen und müsste demnach (laut Vogelschutzrichtlinie) vom Land nach Brüssel gemeldet werden.

Eine akute Gefährdung bestünde erst dann, wenn der JadeWeserPort realisiert und west-



An alle LehrerInnen, ErzieherInnen  
und andere pädagogisch Tätige!

**"Tierschutz im Unterricht"**  
haben Sie Interesse?  
Eine ausgebildete und erfahrene  
Tierschutzlehrerin vermittelt Kindern  
den ethischen Tierschutzgedanken. Bitte  
vereinbaren Sie alles Weitere unter  
"Projekt Tierschutz im Unterricht"  
Postfach 2150,  
26414 Schortens.  
FAX / AB : 04421-701102 oder  
e-mail : [www.timu-trb.de](http://www.timu-trb.de).

lich davon die erwarteten Folgeansiedlungen umgesetzt würden. Dann ist auf jeden Fall eine Umweltverträglichkeitsprüfung bzw. eine Ausnahmegenehmigung von der Vogelschutzrichtlinie der EU erforderlich. Die Ausnahme kann jedoch nur erteilt werden, wenn das schutzwürdige Gebiet zuvor in Brüssel gemeldet wurde. Dem Land Niedersachsen liegt die vogelkundliche Studie vor. Bislang hat es das schutzwürdige Gebiet jedoch nicht gemeldet. Falls es tatsächlich zu industriellen Folgeplanungen käme, würden die Probleme nicht durch die Vögel entstehen, sondern durch dieses Versäumnis. □

### Vogel Strauß zahlt sich nicht aus

*Wenn ein offiziell gemeldetes Vogelschutzgebiet für wirtschaftliche Nutzung beansprucht werden soll, gibt es natürlich ein aufwändiges Verfahren, um eine Ausnahmegenehmigung für diese Nutzung und damit weitgehende Zerstörung der Naturflächen zu erhalten. Wer jedoch annimmt, durch Unterschlagung eines Schutzgebietes gegenüber der Europäischen Gemeinschaft das Verfahren umgehen zu können, irrt gewaltig. Es nützt nichts, wie der sprichwörtliche Vogel Strauß den Kopf in den (Jade-)Sand zu stecken in der Hoffnung, die EU würde nicht merken, dass ein Mitgliedsstaat oder dessen Bundesland eine (gemeinsam verabschiedete!) Richtlinie durch ein Hintertürchen umgehen will.*

*In seinem Urteil vom 7.12.2000 (Aktenzeichen C-374/98) hat der Europäische Gerichtshof ein sehr weitreichendes Urteil zu möglichen Eingriffen in faktischen EU-Vogelschutzgebieten getroffen (also solchen, die noch nicht gemeldet sind, aber die Kriterien der Richtlinie eindeutig erfüllen). Gegen Frankreich hat er festgestellt, dass für solche Gebiete eine totale Veränderungssperre besteht, solange sie vom Mitgliedsstaat nicht gemeldet wurden. In Niedersachsen sind u. a. die größten Blaukehlchen-Brutgebiete nur teilweise oder noch gar nicht gemeldet.*

*Zitat aus einer Debatte des niedersächsischen Landtags (zu einem Vogelschutzgebiet auf der geplanten Trasse der A20): „Man täte sich wesentlich leichter, wenn dort keine Ausweisung erfolgen würde; denn mit einem faktischen Schutzgebiet könne man wesentlich leichter umgehen.“ Eben nicht, siehe oben. Landwirte, Straßenbau und Wirtschaft, die allerorten erbitterten Widerstand gegen die Vogelschutzrichtlinie leisten, provozieren ein Problem, das nicht nur ein Eigentor ist, sondern nachher alle Steuerzahler treffen wird. Denn neben der Veränderungssperre verhängt der Europäische Gerichtshof für Verstöße gegen die Richtlinie saftige Geldstrafen, die bis zur Nachbesserung täglich sechstellige Summen betragen können.*

*Wenn Land und Bund ihre Hausaufgaben schon nicht ordentlich machen, dann hoffentlich die Naturschutzverbände, indem sie beim EU-Gerichtshof eine Klage gegen die Bundesrepublik anstrengen.*

**Imke Zwoch**

# DIE NEUE

## DORO JÜRGENSEN WILL DIE DGB-ARBEIT WIEDERBELEBEN

(noa) „DGB ade?“ fragten wir im Oktober 1997 in der Ausgabe 143 nach der Auflösung des DGB-Kreises Wilhelmshaven/Friesland. Manfred Klöpffer, der nach Jahren als Kreisvorsitzender im September 1997 zum Vorsitzenden des neuen DGB-Kreises Oldenburg/Wilhelmshaven gewählt worden war und seither nicht mehr so oft dienstlich in seiner Heimatstadt weilt, versprach damals in unserem Interview Kontinuität für das Ortskartell Wilhelmshaven.

„...der DGB bleibt ja in Wilhelmshaven mit all seinen Strukturen – von der Rechtsstelle bis zur Jugendbildung – erhalten, und hier wird ein hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär eingestellt. Das Ortskartell Wilhelmshaven hat ... eine hohe Selbständigkeit, auch gegenüber dem Kreisverband. Da wird schon eine vernünftige Gewerkschaftsarbeit möglich sein.“ Leider kam es dann anders: Der hauptamtliche Sekretär, der zunächst eingestellt wurde, war oft und lange krank und dadurch eigentlich nur wenige Wochen hier, und sein Nachfolger, der nach langer Vakanz der Stelle antrat, hatte sich gerade eingearbeitet und war bereit zum Durchstarten, als auch er erkrankte und schließlich vorzeitig in den Ruhestand ging.

Jetzt besteht wieder begründete Hoffnung auf eine verstärkte politische Präsenz des DGB in Wilhelmshaven, denn seit Anfang des Jahres hat er eine hauptamtliche Organisationssekretärin. Doro Jürgensen, die Neue, ist gar nicht so neu. Schon seit sieben Jahren ist sie für den DGB in Wilhelmshaven als Jugendbildungsreferentin für Wilhelmshaven, Friesland, Ostfriesland und das nördliche Emsland tätig und von daher bekannt. Außerdem ist sie schon vertraut mit den politischen Verhältnissen hier. Die Aufgaben, die sie in ihrer neuen Funktion hat, hat sie mit Unterstützung durch die Vorsitzende des Ortskartells, Monika Schwarz, in den Zeiten ohne Sekretär schon miterledigt, doch dass diese Arbeit auf Dauer nicht nebenher getan werden kann, ist klar. So antwortete sie auf unsere Frage nach ihren Zielen als erstes: „Ich will das politische Gewicht des DGB vergrößern. Er war in letzter Zeit wenig präsent in der Presse. Wir werden uns wieder mehr ins gesamtgesellschaftliche Geschäft einmischen und die Ortskartell-Arbeit wiederbeleben, denn die Kontinuität hat doch sehr gelitten.“ Sie

wird einiges wieder auf- oder ausbauen müssen, Kontakte knüpfen oder vertiefen zu Parteien, Bürgerinitiativen und anderen Gruppen.

Gewerkschaftsintern warten ebenfalls viele Aufgaben auf Doro Jürgensen, denn 2001 stehen wieder Organisationswahlen an, die bis zum Sommer durchgezogen sein müssen. „Ich habe schon in den letzten Jahren viel Arbeit in den Organisationsbereich gesteckt und freue mich auf diese neue Herausforderung. Sieben Jahre Jugendarbeit sind genug.“ Mit ihren 32 Jahren ist sie aus dem DGB-Jugendalter rausgewachsen. Sofort kann sie sich aus diesem Bereich aber noch nicht raushalten, denn ihr Nachfolger wird erst im April beginnen, und sie will nicht wegbrechen lassen, was da aufgebaut worden ist. Deshalb wird sie noch weitere zwei Monate zwei „Jobs“ erledigen.

Was sie im Jugendbildungsbereich aufgebaut hat, wird nach ihren Vorstellungen auch den Erwachsenenbereich befruchten. „Der DGB hat kein Angebot für junge Erwachsene, die aus dem DGB-Jugendalter raus sind. Das geht dann erst mit Angeboten für die Senioren weiter. Ich möchte auch Veranstaltungen und Seminare für ‚30 plus‘ machen.“ Sie will die Erfahrung umsetzen, dass Arbeitskreise, die auf unbestimmte Zeit angelegt sind, sich früher oder später totlaufen. Seminare sind überschaubarer und interessanter, und Themen, die nicht eng betriebsbezogen, sondern übergreifend sind, gibt es genug. Wir sind gespannt darauf! □





**Alten- und  
Pflegeheim Nüsse**

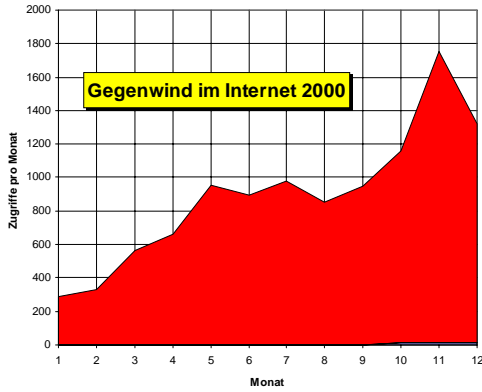
*Inh. J Nüsse*

**Auf uns können Sie sich verlassen... immer!**

<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Hohe Wohnqualität in Einbett- und Zweibettzimmern mit eigenen Möbeln oder möbiliert</li> <li>■ Interessante Freizeitgestaltung innerhalb und außerhalb des Hauses</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Ärztliche Betreuung durch freie Arztwahl oder Betreuungsarzt</li> <li>■ Unser Haus liegt in der Ortsmitte von Hooksiel und doch ruhig in einer Seitenstraße</li> </ul>
---	---

Daustraße 31 \* 26434 Wangerland/Hooksiel  
Tel. 04425 / 749 \* Fax 04425 / 1582

## Gegenwind im Internet



Seit Juni 1999 ist der Gegenwind auch im Internet präsent. In den ersten Monaten steigerten sich die Zugriffe von 77 (Juni 1999) auf knapp 300 im Dezember. Die Entwicklung im letzten Jahr sehen Sie in der obigen Tabelle. Die Zahl der BesucherInnen unserer Internet-Ausgabe stieg kontinuierlich von 287 im Januar 2000 auf 1740 im November. Im Dezember ging die Zahl dann wieder auf 1307 zurück. Insgesamt wurden unsere Seiten im Jahr 2000 über 10.000 mal aufgerufen. Angesichts der Tatsache, dass wir bisher keine Einträge in Suchmaschinen vorgenommen haben, ist das schon ein ordentlicher Erfolg. (hk)



**http://www.gegenwind-whv.de**  
Neben der jeweils aktuellen Ausgabe und dem Gegenwind-Archiv finden Sie eine „Aktuelle Seite“, in der wir zwischen den Gegenwinden aktuelle Informationen veröffentlichen. Desweiteren gibt es die aktuellen Termine Wilhelmshavener Gruppen und Verbände

## IMPRESSUM:

Herausgeber: GEGENWIND-Verein  
Postanschrift: GEGENWIND, Weserstr. 33  
26382 Wilhelmshaven  
Tel.: 04421/ 99 49 90  
Fax: 04421 / 99 49 91  
email: [gegenwind.whv@t-online.de](mailto:gegenwind.whv@t-online.de)  
Internet: <http://www.gegenwind-whv.de>  
Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen, Hannes Klöpffer (verantwortl. Redakteur), Anette Nowak, Thomas Sobel, Frank Tunnat, Imke Zwoch;  
Druck: Beta-Druck Auflage: 5.100 Ex.  
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,  
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63  
Der GEGENWIND erscheint nach Möglichkeit alle 4 Wochen (jeweils zum Monatsbeginn)  
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 01.02.2001  
Red.-Schluß der nächsten Ausgabe: 20.02.2001  
\*\*\*\*\*  
Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

## NEUES VON DER KAMPF-HUND-FRONT

Der Tod eines Hamburger Kindes, das durch zwei so genannte Kampfhunde getötet wurde, brachte im vergangenen Jahr über Monate ganz Deutschland in Wallung. Im Spätsommer berichteten wir mehrfach über lokale Auswirkungen der Problematik, u. a. über die Klage einiger Wilhelmshavener Hundehalter gegen die Gefahrtierverordnung (Nr. 161, S. 9). Seitdem ist es still geworden um dieses Reizthema – nur die Tierheime registrierten mit zeitlicher Verzögerung einen Anstieg abgegebener oder ausgesetzter Hunde der betroffenen Rassen -, bis kürzlich der beim Hamburger Vorfall maßgeblich beteiligte Hundehalter zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt wurde. Jetzt erhielten wir aktuelle Informationen des Wilhelmshavener Klägers, darunter folgenden

## Leserbrief

*Entgegen den Artikeln der Zeitungen „Guten Morgen Sonntag“ und „WZ“ wurde die von uns beantragte „vorläufige Regelung“ (Eilverfahren) bis zur Entscheidung in der Hauptsache nicht vom OVG Lüneburg verworfen, weil die Sicherheit der Bevölkerung Vorrang hat. Vielmehr war das OVG Lüneburg der Ansicht, es sei nicht zuständig. Bekommt einer von uns diskriminierten Hundehaltern in angegebener Sache Probleme, können bzw. müssen wir uns an das Amtsgericht wenden und eine „Einstweilige Anordnung“ beantragen. Zumal die Landesregierung dem OVG Lüneburg und uns zugesichert hat, dass es keinerlei Maßnahmen gegen uns geben wird bis zur Entscheidung in der Hauptsache\*.*

*Das OVG Lüneburg hat abschließend verkündet, dass es sich bemühen wird, eine schnelle Entscheidung herbeizuführen, damit unsere Haustiere nicht allzu lange mit dem Leinen- und Maulkorbzwang gequält werden. Es hat deutlich herausgestrichen, dass diese Maßnahmen nicht gut für den Hund sind. Die Kläger aller Parallelverfahren in Niedersachsen haben den gleichen Beschluss erhalten.*

*Auch das milde Urteil gegen den Halter des Hundes, der den 6jährigen Volkan in Hamburg tot biß (3,5 Jahre Gefängnis) zeigt, dass die gesamte Situation von der Politik recht überbewertet wird. Der zuständigen Staatsanwaltschaft ging es nicht in erster Linie darum, den Halter als Menschen zu bestrafen, sondern sie wollte ein Exempel an ihm als Hundehalter statuieren. Jedoch wur-*

*de die Staatsanwältin vom Gericht in ihre Schranken verwiesen.*

*Das heißt nicht, dass ich dieses Urteil für angemessen halte. Aber es ist wohl verständlich, dass wir Hundehalter uns an alles klammern, was positiv für uns auszulegen ist.*

*Frank Oltmann, Adolfstr. 18*

\*Die Hauptsache ist der Normenkontrollantrag gegen die Gefahrtierverordnung, die im Extremfall eine Tötung der Tiere bestimmter Rassen vorsieht; zusätzlich haben die Kläger einen Eilantrag gestellt, damit Tiere nicht vorzeitig getötet werden auf Grund einer Verordnung, deren Rechtsgültigkeit erst noch festgestellt werden muss - Red.

Vom Verfasser erhielten wir u. a. noch folgende Informationen:

Sollten er und seine Mitkläger beim OVG Lüneburg eine Niederlage erleiden, sind die nächsten Stationen das Bundesverfassungsgericht und dann der Europäische Gerichtshof in Verbindung mit der EU-Kommission für Menschenrechte in Straßburg. Gegen die Niedersächsische Landesregierung hat er bereits Strafantrag gegen Volksverhetzung gestellt. Dies steht im Zusammenhang mit der Argumentation vieler Hundehalter, die die Behandlung der Hunde und ihrer Halter mit der Behandlung der Juden durch das Nazi-Regime gleichsetzt (ein Vergleich, den nicht nur unsere Redaktion empört ablehnt, s. Kommentar im Gegenwind Nr. 160, S. 5).

Eine Unterordnungsprüfung bei der Rettungshundestaffel, wie sie ein anderer Halter im Gegenwind-Interview empfahl (Nr. 161, S. 8), ist als positiver Wesenstest für den Hund nicht ausreichend. Anerkannt sind nach Gefahrtierverordnung nur die vom VDH anerkannten Begleithundeprüfungen, in Wilhelmshaven angeboten vom Polizei-, Schutz- und Gebrauchshundesportverein e. V., Triftweg 38 D, Tel. 04421-69022.

Für aktuelle Informationen, wie es zur Zeit im anhängigen Normenkontrollverfahren bzw. in Gesamtdeutschland steht, gibt der Verfasser des Leserbriefs gern Auskunft unter Tel. 01746445710.

**SUSANNES OHRRING**  
Gökerstr. 39 Tel+Fax 31880

**Heilsteine**  
**Klangspiele**  
**Duftöle**  
u.v.m

**Durchgehend geöffnet**  
9.30 - 18.30; Sa. 9.30 - 13.00



# EIN GESPENST GEHT UM

## BSE: DREI BUCHSTABEN FÜHREN AUF EINEN STREIFZUG DURCH DEUTSCHES ERZEUGER- UND VERBRAUCHERVERHALTEN

(iz) Es muss schon etwas Besonderes passieren, ehe der deutsche Michel auf die Barrikaden geht. Erst wenn es ihm konkret und persönlich an Leib und Leben geht, erwacht er plötzlich zu gelebtem Bewusstsein. Unter dem Einfluss von Gewöhnung, Verdrängung und Vergessen hält dies erfahrungsgemäß nicht lange an.

BSE ist nicht der erste Ekelschock für deutsche Verbraucher. Ende 1980 fanden Lebensmittelkontrolleure in Babynahrung und Kalbfleisch hohe Mengen an Krebs erzeugendem Östrogen, mit dem Landwirte das Wachstum der Rinderkinder beschleunigten (obwohl dies schon seit 1977 in Deutschland verboten war). Bilder eingepferchter Kälbchen gingen durch die Medien. Es war aber eher die Sorge um die Menschenbabys, die Bauern und Metzger den bis dahin größten Verbraucherboykott spüren ließen. Politik und Polizei wurden aktiv, und das Kalb wurde kulinarisch wieder salonfähig – auch wenn die „SOKO Sau“ Jahre später wieder hormonföndig wurde. Nur wenigen ist der Appetit auf Kälbchen dauerhaft vergangen.

1982 gab es einen Fleischskandal namens PSE, der die Deutschen noch nicht so nachhaltig bewegte wie sein späterer Namensvetter. Blasses, weiches, wässriges Fleisch (englisch *pale, soft, exudative*) von rasch hochgepöppelten Schweinen schrumpelte beim Braten auf ein lächerliches Maß zusammen. Perverse Haltungsmethoden wurden direkt sichtbar, und der Schnitzeesser fühlte sich um seine Mark betrogen.

Jahre, nachdem das Schwein in der Pfanne geschrumpft war, wurde das Rind in derselben verrückt. „Mad cows and Englishmen“ titelte „die tageszeitung“ im Mai 1990. Eine seltsame Rinderkrankheit namens „bovine spongiforme Enzephalopathie“ (schwammförmige Hirnerkrankung des Rindes), kurz BSE, die schon 1986 entdeckt worden war, hatte mittlerweile siebzig Prozent der britischen Rinderherden befallen. Obwohl noch nicht nachgewiesen war, dass sich die Krankheit auf Menschen überträgt, hatte fast die Hälfte der Briten, unter dem Einfluss der Bilder von taumelnden, stolpernden und schließlich grausam sterbenden Rindviechern, das beef aus der Küche verbannt.

Im Sommer 1990 wurden im Landkreis Vechta 30 Rinder von einer plötzlich Lähmung befallen und verendeten binnen 30 Tagen. Die Bauern gaben Erdgasförderanlagen in der Umgebung die Schuld, auch wenn tierärztliche Untersuchungen dies nicht bestätigten. Ein Verbot der Einfuhr von britischem Rindfleisch bzw. der Verfütterung von Tiermehl seitens der EU bestand damals noch nicht.

Lange blieb BSE ein britisches Problem. 1997 wurde wissenschaftlich nachgewiesen, dass die für den Menschen tödliche Creutzfeld-Jacob-Krankheit höchstwahrscheinlich durch BSE-verseuchtes Fleisch hervorgerufen wird. Die Bilder dahinsiechender Briten waren, bei allem Mitgefühl, noch zu weit weg,

um deutschen Fleischessern den Appetit gänzlich zu vermiesen. Doch immerhin war der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch an Rindfleisch in Deutschland zwischen 1990 und 1998 von 14,8 auf 10,5 kg zurückgegangen. Für die Fleischerfachgeschäfte bedeutete das allein 1996 300 Millionen DM Umsatzverlust.

Als 1997 eine britische Vegetarierin an Creutzfeld-Jacob erkrankte, wurde klar, dass außer Fleisch auch Rinderprodukte wie Gelatine (in Gebäck, Gummibärchen etc.), Arzneimittel oder Kosmetika Überträger sein können. Mittlerweile waren im britischen Inselreich mehr als 20 menschliche Opfer der Seuche zu beklagen.

Ende letzten Jahres war es mit der mitleidig-distanzierten Haltung der Deutschen endgültig vorbei: Mit dem jetzt eingesetzten Schnelltest wurden bundesweit Schlag auf Schlag BSE-verseuchte Schlachtrinder identifiziert. Jetzt war der schleichende Tod so nahe gerückt, dass auch dem Deutschen die Wurst nicht mehr Wurst war. Landwirte und Schlachter blieben in bis dahin nicht gekanntem Ausmaß auf ihrem Rindfleisch sitzen. Wenn das Heer der Verbraucher solche Macht demonstriert, kommt auch die Politik in Bewegung. In der Regel müssen dann erst mal Köpfe rollen. In diesem Fall waren es nicht nur die Köpfe von Ministern, sondern auch die Tausender Rinder. Denn der Deutsche an sich ist gründlich: Ist nur ein Tier nachweislich erkrankt, muss die ganze Herde sterben.

War schon der drastische Verbraucherboykott bemerkenswert, so entstehen jetzt auch merkwürdige Bündnisse. Landwirte und Tierschützer organisieren Massendemonstrationen gegen die unnötige Tötung der Tiere. Doch entziehen sich die Argumente der Demonstranten einer gewissen Logik. Denn das Rind würde ohnehin auf der Schlachtbank landen. Auch die weinende Bäuerin hat ihre Kälber gepöppelt, damit sie mit möglichst großem Ertrag irgendwann dem Bolzenschuss erliegen. Ob das nun früher oder später passiert, ist doch ... Wurst. So lange wir nicht unsere Einstellung zur Haltung und Fütterung von Nutztieren *grundlegend* ändern, sind solche Auftritte schlichtweg verlogen.

Ein einzelnes Hausschwein, das herrenlos in der Stadt herumirrt und schließlich eine Heimat findet, ist der Wilhelmshavener Zeitung gleich mehrere Berichte wert. Schweine sind klüger als der gemeine Haushund und empfindsam und schmusebedürftig, auch all jene, die in dunklen, strohlosen Ställen gemästet werden und auf der Wurstsemmel des gerührten Zeitungslers landen.

Nachdem im BSE-Boom die Medien auch noch hormonhaltige Schweine aus dem Ar-

chiv gekramt haben, weicht der bewusste Fleischesser auf Geflügel oder Wild aus. Doch nur, weil ein Herr Pohlmann mit Schimpf und Schande aus dem Land gejagt wurde (und mittlerweile in den USA mit derselben Hühnerquälerei mehr Geld verdient als je zuvor), sind Legebatterien und gruselige Mastställe noch lange nicht Geschichte, sondern Alltag der Tiere, die als Frikassee, knuspriges Brathähnchen oder Frühstücksei (also Embryo) auf unserem Tisch landen. Und nun beichten die Jäger im Zuge des BSE-Outings, dass auch Hirsch und Reh mit seuchenträchtigem Tiermehl angefütert wurden. Jetzt soll womöglich der Jäger Bambis Kopf zum BSE-Test tragen – aber möchte der Abnehmer das anklagend kopflose Reh dann überhaupt noch haben?

Auf der Hitliste deutscher Umweltskandale nimmt BSE einen besonderen Platz ein. Werden Kälberhormone abgesetzt, so sind die Tiere nach einiger Zeit „clean“. Schwankt der Verbraucher auf Eier aus Freilandhaltung um, nimmt die Zahl der Hennenknäste ab. Doch BSE wird sich über Jahre bis Jahrzehnte nicht aus der Welt schaffen lassen. Die Übertragungswege sind vielfältig und längst nicht abschließend erforscht, die Inkubationszeit (zwischen Infektion und Ausbruch der Krankheit) ist so lang, dass wir nicht einfach in wenigen Wochen oder Monaten zur Tagesordnung übergehen können. Den Beteiligten steht das Wasser mindestens bis zum Hals. Es steht zu befürchten, dass der Kunde, der um seine geistige Gesundheit fürchtet, dieses eine Mal nicht unter dem gewohnt raschen Gedächtnis- und Bewusstseinsverlust leiden wird. Nur deshalb gehen jetzt die Landwirte, die sonst als erste gegen Bestimmungen zum Natur- und Tierschutz aufbegehren, gegen eine tier- und menschenfeindliche Agrarpolitik auf die Straße. Nur deshalb filzt der Staat mit Nachdruck die Lager der Tierfutterindustrie.

Nach einer Umfrage vom Januar 2001 unterstützen mehr als drei Viertel der Deutschen die von der Bundesregierung angekündigte Wende zu einer ökologischen Agrarpolitik, nur zwölf Prozent lehnen sie ab. Allerdings glauben 50 Prozent nicht mehr, dass Rindfleisch sicher ist, auf die Sicherheit von Schweinefleisch setzen nur 46 Prozent.

Die jahrelange ekelhafte Praxis, reine Vegetarier, was Rinder nun mal sind, mit gemahlenden, hochoverhitzten Leichen ihrer Verwandten zu füttern, ist nach hinten losgegangen. Die Bilder schlaffer, dreckiger Tierkadaver, die im Mahlwerk der Tiermehlfabrik verschwinden, wurden auch in der Vergangenheit schon gezeigt. Jetzt sind sie untrennbar mit Bildern sterbender Menschen und Massentötungen wahrscheinlich gesunder Rinder verbunden.

Ein Gespenst geht um, das heißt BSE. Es liegt beim Verbraucher, ob es ein böser Geist bleibt – oder ein guter, der das wirklich Böse in die Flucht schlägt.

Aus Platzgründen mussten wir unser Feature drastisch einkürzen. Den vollständigen Text finden Sie in der aktuellen Online-Ausgabe unter [www.gegenwind-whv.de](http://www.gegenwind-whv.de). □

# RATS-SPLITTER

**Die Tagesordnung der vorweihnachtlichen Ratssitzung am 20.12.2000 war prall gefüllt – und es lohnt sich, auch noch im Februar darüber zu berichten.**

■■■Ehrenamtliches Engagement will die CDU-Fraktion fördern. Sie beantragte, per Ratsbeschluss die Verwaltung zu beauftragen, Art, Umfang und Motivation ehrenamtlicher Tätigkeit in Wilhelmshaven zu ermitteln und dann ein Maßnahmenkonzept zur Förderung und Stärkung des Ehrenamtes vorzulegen, u. a. für Angebote zu Qualifizierungsmaßnahmen und die Einrichtung der Stelle eines Ehrenamtsbeauftragten als Ansprechpartner bei der Stadtverwaltung.



Aber ach: „Ein Schelm, wer Böses dabei denkt“, zitierte SPD-Ratsfrau Aljets und behauptete, die Opposition wolle mit diesem Antrag in Wahrheit der Verwaltung, „den Däumchendrehern und Bleistiftspitzern“ (Aljets), nur eine Menge Arbeit verschaffen. Sie beantragte, das Thema in den Sozialausschuss zu verlagern, und verkündete, sie werde sich nun darum kümmern und mit der Verwaltung reden.

Respekt, Frau Aljets: So schnell geht's, mit der Mehrheitsfraktion im Rücken, der Opposition eine Idee zu mopsen. Schade für die SPD, dass dieser Schnellschuss ein Eigentor ist. Es ist nämlich keine einsame Idee der hiesigen CDU, sondern ein Beschluss der UNO von 1997, im Jahr 2001 die Freiwilligenarbeit weltweit zu fördern. Die CDU hat nicht mehr und nicht weniger getan, als die Umsetzung dieser internationalen Konvention auf kommunaler Ebene einzufordern. Etwas spät zwar, aber nicht zu spät – nicht umsonst enthält der Antrag auch Termine für die Arbeit der Verwaltung (Berichtsvorlage bis vor den Sommerferien). Bundesweit sind von Kommunen bis zu den Landesregierungen bereits zahlreiche Aktivitäten zum Jahr des Ehrenamtes im Gange. Um Art und Umfang der ehrenamtlichen Arbeit zu ermitteln, gibt es bereits Fra-

gebögen, und es gibt einen städtischen Adressverteiler zu Vereinen und Organisationen, der Arbeitsaufwand für die Verwaltung hält sich also in zumutbaren Grenzen. Und mit der Anbindung an die Lokale Agenda 21 (wie z. B. im Landkreis Emsland) wäre auch die Konzeption und Umsetzung konkreter Maßnahmen kein Ding der Unmöglichkeit.

Mehr noch: In Fedderwardergroden läuft (auf Initiative der GPS) bereits ein Projekt zur Einrichtung einer Freiwilligen-Agentur, um die ehrenamtliche Arbeit vor Ort zu fördern.

Es bleibt wohl Frau Aljets' Geheimnis, warum ausgerechnet ein Fachausschuss einer Provinzstadt einen UNO-Beschluss noch mal hinterfragen soll, während lokal wie weltweit schon die Aktivitäten laufen. Und warum gerade der Sozialausschuss? Ist ehrenamtliche Arbeit in den Bereichen Kultur, Umwelt oder Sport nicht gefragt?

Hintergründe zum Internationalen Jahr des Ehrenamtes im Internet unter <http://www.ijf2001.de/> Email [kontakt@ijf2001.de](mailto:kontakt@ijf2001.de) (iz)

■■■Mal so, mal so wird entschieden, ob ein Ratsbeschluss vorher im Fachausschuss beraten werden soll oder nicht: Bei einem bereits laufenden UNO-Projekt ist es offenbar erforderlich, nicht so jedoch bei der Entscheidung über die Schließung des Küstenmuseums. Jahre wurden vertrödelt, ohne dass seitens der Stadt ein vernünftiges Konzept für den Fortbestand der Einrichtung zustande kam, und nun war - angeblich - plötzlich so viel Eile geboten, dass der Kulturausschuss einfach umgangen wurde. Die Opposition kritisierte den geplanten „Schnellschuss“, „gebrochene Versprechen“ und diese Backpfeife an alle, die sich ehrenamtlich für den Erhalt dieser herausragenden Kultureinrichtung engagiert haben. Viele von ihnen saßen im Zuschauer- und applaudierten. Vergehens: Die Mehrheitsgruppe beschloss, den Vertrag zwischen Förderverein und Stadt aufzuheben. Im Prinzip nur ein formaler Akt, um einen neuen Vertrag zwischen Förderverein und WPG zu schließen. Doch damit, fürchten die Kritiker, gibt die Stadt auch ihre Einflussmöglichkeiten auf. Nun soll erst mal ein Arbeitskreis gegründet werden, der sich viele Museen anschauen soll... „Wir bekommen ein Museum, darauf können Sie sich verlassen!“ versprach SPD-Chef Neumann. Da sind nicht nur wir mal gespannt. (iz)

■■■Ein bisschen schwanger gingen die Grünen im Rat mit dem Gedanken, die „Entschließung zur Küstenautobahn“ abzulehnen. Diese Autobahn soll als Verlängerung der A20 ab Lübeck mit einer festen Elbquerung bei Stade durch den Westertunnel über Westerstede bis zur A28 im Emsland führen. Die Forderung ist unterzeichnet von den Städten

**NATURATA**

Das  
**Fachgeschäft**  
für **Naturkost**  
und  
**Naturwaren**

Obst + Gemüse  
Täglich frische Backwaren

Wilhelmshaven  
Gökerstraße 58

Bremerhaven und Wilhelmshaven, allen Landkreisen längs der geplanten Route sowie den Industrie- und Handelskammern Bremen, Oldenburg und Stade: „Im Bundesfernstraßennetz fehlt bisher eine Autobahnverbindung, die... die bisher durch Ems, Weser und Elbe erheblich getrennten Wirtschaftsräume gut miteinander verbindet.“

Während die Wirtschaft und ihre politische Lobby also natürliche Wasserläufe als etwas Trennendes und Betonpisten als etwas Verbindendes sehen, befürchtet der grüne Rats Herr Kläne, dass die Region Weser-Ems durch die Autobahn „grässlich zerschnitten“ würde. So sieht es auch die Landesdelegiertenkonferenz seiner Partei, die Mitte November 2000 einhellig den Bau der A20 in allen vorgelegten Varianten ablehnte. Als LKW-Transitstrecke zwischen Skandinavien und Westeuropa würde sie den Weser-Ems-Raum nicht erschließen und keine neuen Arbeitsplätze schaffen, sondern allenfalls solche im Tourismusbereich vernichten. Die für das Projekt gebundenen Milliarden würden für den weiteren Strukturwandel des Elbe-Weser-Dreiecks zu einer ökologischen Zukunftsregion (Mittelstandsförderung, Fremdenverkehr, alternative Technologien usw.) fehlen. Die Natur- und Kulturlandschaft würde weiter zerstört. Die ökologische Verkehrswende - weg von der Straße, rauf auf die Schiene - würde in Frage gestellt.

Mit der „Entschließung zur Küstenautobahn“ fordern die unterzeichnenden Körperschaften, die Küstenautobahn in den Bundesverkehrswegeplan aufzunehmen. Derzeit ist sie dort nicht enthalten, und laut Kläne besteht keine Chance, dass sich dies ändern

winkler TV

TV • Video • HiFi

ist unsere Sache

Beratung Verkauf Reparatur

Störtebekerstraße 3 - Edo-Wiemken-Straße 8

☎ 93 29-0 Fax 93 29-19 ☑ rund ums Haus



wird. In der Begründung der Autobahn-Befürworter durfte natürlich auch der geplante neue Tiefwasser- (Container-) Hafen nicht fehlen. Und an diesem Punkt knickten unsere Grünen ein: „Wir gehören dazu! Auch wir sind für den Jade-Weser-Port!“ beschwichtigte Kläne die SPD-Genossen und schlussfolgerte: „Deswegen werden wir nicht gegen die Entschließung stimmen, sondern uns enthalten.“ So entpuppten sich die lang vermissten, klaren grünen Statements wieder mal als belangloses Vorgeplänkel. (iz)

■■■„Gestern noch auf stolzen Rossen, heute in den Kopf geschossen“ kritisierte FDP-Ratscherr von Teichman die Geschäftsführung der Wilhelmshaven Projekt GmbH, die in Folge der EXPO am Meer ihren ursprünglichen Haushaltsplan um knapp 15 Prozent überzogen hatte. Auch CDU-Ratscherr Biester missbilligte den vorgelegten Nachtragshaushalt, der im Ergebnis fast 18 Millionen Mark Verlust verzeichnete. Es brodelte spürbar im Ratssaal: Von Teichman erhob den Vorwurf, der Geschäftsführer habe eine Abfindung in 5stelliger Höhe erhalten; OB Menzel wies ihn deftig in die Schranken: Solche Details gehörten nicht in die öffentliche Sitzung, worauf aus dem Zuschauerraum zu hören war: „Wir wollen nicht jeden Tag belogen werden!“ Vorwürfe wegen dieses „dürren Papiers“ kassierten auch Stadtrat Graul und der Oberstadtdirektor: „Schreiber,kehr an deinen Schreibtisch zurück“, traf ein Zwischenruf den für seine Reisefreudigkeit bekannten Verwaltungschef. Schließlich kühlte Biester die Gemüter mit dem Vorschlag, den Beschlussvorschlag in zwei Teilen abzustimmen. So wurde dann der Nachtragswirtschaftsplan als solches abgelehnt, für die Übernahme des Barverlustes (ca. 6 Mio. DM) durch die Stadt fand sich jedoch eine Mehrheit. (iz)

■■■Nicht zu ertragen ist für den grünen Ratscherrn Biehl das Verhalten mancher Mitglieder des Bauausschusses. Als bei der Beratung des Bebauungsplans Heiligengroden zur Sprache kam, dass 18 Hektar Ausgleichfläche für Vögel (Wiesenbrüter) vorgehalten werden muss, deren Lebensraum durch die Bebauung vernichtet wird, kommentierte ein

wir wieder zur Mitte hin, Baulücken schließen.“

■■■Zum Tagesordnungspunkt „Notfallmanagement auf See“ bemerkte SPD-Ratscherr Adam: „Der Ausschuss für Umwelt und wie er sonst noch heißt hat gut gearbeitet.“ War das nun ein Lob, ein Gag oder ein Hinweis, welchen Stellenwert dieser Ausschuss für Adam besitzt? (iz)

■■■Gute Arbeit hat wieder mal das Rechnungsprüfungsamt geleistet – was manchen Ratsmitgliedern gar nicht recht war. Jedes Jahr entdeckt die Prüfungsstelle die gleichen Unregelmäßigkeiten im Rechenschaftsbericht der Verwaltung, die unter anderem „bewusst das Primat der öffentlichen Ausschreibung missachtet“ habe und statt dessen Aufträge freihändig vergibt. Die Prüfungsstelle entnimmt dem Bericht „den vielfachen Verstoß gegen das Primat der öffentlichen Ausschreibung“ und fordert „eine zentrale Vergabestelle, in der alle Submissionen stattfinden“. Die Verwaltung kommentiert: „Die generelle Aussage des RPA ist falsch. Es kommt immer auf den Einzelfall an“. Für sie sind die rechtlichen und wirtschaftlichen Vor- und Nachteile der geforderten Vergabestelle nicht erkennbar. Dazu Ratscherr von Teichman lakonisch: „Offenbar gibt es keine Fälle von Korruption in der Bauverwaltung.“ Das setzte natürlich wieder eine Rüge von Menzel und Neumann, die in seiner Formulierung eine versteckte Unterstellung sahen.

Vorwürfe der Mehrheitsgruppe trafen nicht die Verwaltung, die offensichtlich seit Jahren dieselben Fehler macht, sondern das Prüfungsamt, das diese Fehler aufdeckt: „Das RPA sollte uns zuarbeiten, warum müssen wir

Mitglied des Bauausschusses: „Ausgleichsmaßnahmen erledigt man vorher – mit der Flinte!“ Biehl fand das gar nicht komisch und prangerte die Bemerkung in der Ratssitzung an: „Wie vor 15 Jahren.“ Seine persönliche Konsequenz aus der Tatsache, bei der Inanspruchnahme von Naturflächen am Stadtrand eben Ausgleich schaffen zu müssen, lautete: „Langfristig müssen

immer im Clinch liegen?“ Ja, warum schafft man das Prüfungsamt nicht einfach ab, wenn man die Kritik und Verbesserungsvorschläge gar nicht hören will? (iz)

■■■Viel Arbeit hatte der Oberstadtdirektor mit der Großen Anfrage der CDU zur EXPO am Meer. Einige wesentliche der 30 Fragen wurden allerdings nur unzureichend beantwortet. Die SPD hielt die Anfrage für überflüssig und meinte, die CDU hätte sich ja auch an ihre Mitglieder im Aufsichtsrat wenden können. Was bedeutet hätte, dass Unstimmigkeiten wieder ratsintern ausgekugelt worden wären. Die Fragesteller forderten jedoch explizit in ihrer Begründung, „... der Öffentlichkeit Klarheit ... zu geben“, nämlich über die „Belastungen für Wilhelmshaven, die aus diesem Defizit resultieren“. Eigentlich selbstverständlich, denn nicht der Rat, sondern der Steuerzahler muss jetzt das Defizit ausgleichen. Genauer: Der Rat hat entscheiden, dass der Steuerzahler das Loch in der Kasse des Veranalters wieder auffüllen soll – aber wie das Loch entstanden ist und wofür sie bezahlen, soll den Bürgern vorenthalten werden?!

Abschließend warnte Schreiber davor, durch jegliche Kritik den guten Namen der EXPO zu beschmutzen: „Man sieht nur mit dem Herzen gut.“ So positiv sei Wilhelmshaven noch nie im Gespräch gewesen, und - das fehlte ja noch: „Die EXPO hat bewirkt, dass der Jade-Weser-Port nur hierher kann.“ (iz)

■■■Bis zur Bürgerfragestunde mussten Interessierte diesmal dreieinhalb Stunden im Zuschauerraum ausharren. Dann wurde ihnen auf Anfrage mitgeteilt, dass im Falle einer Standortzusage für den Jade-Weser-Port die Stadt nicht als Antragsteller für das Planfeststellungsverfahren auftreten würde und somit nicht die anfallenden Kosten von etwa 25-30 Mio. DM zu tragen hätte. Weiter wurde gefragt, ob der Rat schon einen Termin festgelegt hätte, um die Bürger der Stadtteile zu informieren, die vom Bau des Containerhafens betroffen wären; wenn nein, sollte ein Ratsvertreter einen entsprechenden Antrag stellen. Dazu SPD-Adam: „Darüber kann ich ja nur lachen.“ Da er zur Mehrheitsgruppe gehört, können die betroffenen Bürger ihre Forderung nach einer öffentlichen Information wohl knicken. Und da sie - nicht nur diesmal - sowieso von Politikern ausgelacht werden, denen sie mit ihrer Stimme zu einem Sitz im Rat verholfen haben, sollte man sich eigentlich die ganze Bürgerfragestunde schenken, die regelmäßig zur Farce gerät. (iz)



Fragen zur vegetarischen Ernährung? Schreiben Sie uns! Danke für 3-Rückporto!

Tierrechtsbewegung (TRB) e.V., Postfach 2147, 26414 Schortens

# „BESTANDSSCHUTZ“ FÜR POSTAGENTUREN

**SCHON WIEDER HAT EINE POSTAGENTUR GESCHLOSSEN – DIESMAL WAR BANT DRAN**

(red) Was waren das für Zeiten, als es in Wilhelmshaven noch in jedem Stadtviertel ein richtiges Postamt oder zumindest eine Poststelle gab! Die Dienststellen der Post waren so richtige Kommunikationszentren, wo man sich beim Briefmarkenkauf oder beim Abholen der Rente traf und dabei einen Klönschnack halten konnte.

Doch ab 1993 ging's bergab. Es begann das große Ämtersterben. Nach und nach wurden Postämter/Poststellen geschlossen wie Neuengroden, Voslapp, Rüstertiel, Wiesenhof, Ebert-, Werft- und Genossenschaftsstraße. Nur zum Teil wurden sie durch privat betriebene Postagenturen ersetzt. Große Stadtviertel wie z.B. Neuengroden waren plötzlich ganz ohne Postanstalt. Zwar protestierte damals die Neuengroden Bevölkerung und sammelte Hunderte von Unterschriften, die an den damaligen Postminister Bötsch (CSU) weitergeleitet wurden. Eine Antwort gab es jedoch nicht. Der Ortsvorstand der SPD versprach damals den Neuengrodenern, dann wenigstens für eine Postagentur im Viertel zu sorgen. Doch beim Versprechen blieb's.

Als sich im Jahr 1998 eine Kioskbesitzerin in diesem Ortsteil bereit erklärte, eine Postagentur zu betreiben, waren es wieder Sozialdemokraten, die ihr vollmundig alle Unterstützung zusagten. Die Bundestagsabgeordnete Gabriele Iwersen forderte in der „WZ“ vom 7.7.1999 sogar eine „Poststelle“ für Neuengroden (sie meinte wohl, wie später auch Möhle, eine Postagentur). Das Ergebnis kann im GEGENWIND Nr. 156 unter „Versprochen – nicht gehalten“ nachgelesen werden.

Nur soviel: Neuengroden hat auch heute noch keine Postagentur.

Jetzt aber wird es höchste Zeit, dass die noch verbliebenen Postagenturen in Wilhelmshaven unter „Bestandsschutz“ gestellt werden. Denn zum Jahresende 2000 schloss auch noch die Agentur in der Luisenstraße 21. Sie befand sich in den Räumen der Firma Toilloss, die dort Dienstleistungen wie Schreibservice, Übersetzungen, Kopien, Büroorganisation und mehr anbietet. Nur nebenbei sollten die Dienstleistungen für die Deutsche Post laufen. Doch der Zulauf war größer als erwartet, so die Firmenchefin, Frau Stachowiak-Meyer. Darunter litt der übrige Geschäftsbetrieb. Deshalb übernahmen wohl in den letzten Monaten Postbedienstete den Annahmedienst. Wer wem jetzt die einmal getroffene Vereinbarung aufkündigte, war nicht ganz zu klären. Die Inhaberin von Toilloss erklärte uns gegenüber, dass sie ihr Serviceangebot erweitern möchte und dazu

jeden Quadratmeter Ladenfläche benötige. Die Auflösung des Vertrages sei von ihr ausgegangen. Von der Deutschen Post selber erfuhren wir, dass der Vertrag „im gegenseitigen Einvernehmen“ aufgelöst worden sei.

Ein kleines Trostpflaster: Bei Toilloss wird es auch künftig Briefmarken in kleinen Mengen geben, und genau vor dem Laden steht ja ein Briefkasten. Auch Pakete werden seit dem 11. Januar wieder angenommen, wenn auch nicht für die Deutsche Post, sondern für den privaten Dienstleister „Deutscher Paket Dienst (DPD)“.

Schlimm: Schon wieder ist ein Stadtteil ohne Postannahmestelle. Dem Vernehmen nach will sich die Post zwar schnell um neue Räumlichkeiten bemühen, aber das kann dauern. Der Bürgerverein Bant will die postalischen Bemühungen unterstützen. Der Vorsitzende Felix Haubrich dazu: „Wir werden bei unserer nächsten Vorstandssitzung das Thema aufgreifen und der Post Vorschläge unterbreiten. Anbieten könnte man der Post zum Beispiel den Stützpunkt des Malteser Hilfsdienstes in der Kreuzstraße 54. Doch die Post sucht wohl immer nur Räumlichkeiten, die wenig kosten.“

Wohl wegen der in diesem Jahr anstehenden Kommunalwahl klinken sich auch Kommunalpolitiker in die Suche nach einem Poststandort ein, um so Wahlzettel-Kreuze zu ergattern. Auch Gabriele Iwersen will sich ungeachtet ihrer Erfolglosigkeit bezüglich der Postagentur Neuengroden mal wieder ins Zeug legen, und auch die Banter SPD-Ratsfrau Ursula Aljets will sich kümmern und mit ihrer Fraktion sprechen – hoffentlich mit mehr Erfolg als ihr Kollege Norbert Schmidt damals in Neuengroden. CDU-Ratsherr Helmut Möhle, selbst alter Banter, erklärte uns: „Natürlich fordert auch die CDU eine Poststelle für Bant und die Südstadt. Doch einen Betreiber zu finden wird schwierig werden. Schließlich kann man eine Postannahmestelle nicht in einem Friseurladen oder einer Pizzabude betreiben.“

Wenn sich Wilhelmshavens Regierung und Opposition so einig sind, sollte man doch meinen, dass es ihnen auch gelingt! □



**APOLLO**  
So schön kann Kino sein  
Wilhelmshavens FILMKUNSTKINO  
Bismarckstr. 206 Tel. 04421\_21905  
Büro: 04421\_137360+Fax 137361  
www.apollo-whv.de e\_mail: info@apollo-whv.de

••• Februar 2001 •••

Do. 01. -	
Sa. 03.	20.45 Billy Elliot oder Süßes Gift 23.00 Glauben ist alles
So. 04.	15.30 Kinderkino: Pippi außer Rand und Band 20.45 Billy Elliot oder Süßes Gift
Mo. 05.	20.45 Billy Elliot oder Süßes Gift
Di. 06.	18.30 Glauben ist alles 20.45 Billy Elliot oder Süßes Gift
Mi. 07.	20.45 »Film des Jahres 2000«
Do. 08. -	
Sa. 10.	21.00 Süßes Gift 23.00 Kalt ist der Abendhauch
So. 11.	15.30 Kinderkino: Pippi außer Rand und Band 21.00 Süßes Gift
Mo. 12. +	
Mi. 14.	21.00 Süßes Gift
Di. 13.	18.30 Kalt ist der Abendhauch 21.00 Süßes Gift
Do. 15. -	
Sa. 17.	20.45 + 23.00 Gripsholm
So. 18.	15.30 Kinderkino: Das doppelte Lottchen 20.45 Gripsholm
Mo. 19. +	
Mi. 21.	20.45 Gripsholm
Di. 20.	18.30 Ein Sommer auf dem Lande 20.45 Gripsholm
Do. 22. -	
Sa. 24.	20.30 Tiger & Dragon 23.00 High Fidelity
So. 25.	15.30 Kinderkino: Das doppelte Lottchen 20.30 Tiger & Dragon

